

freiheit

Ausgabe 04/18

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: shutterstock.com



Bildungspaket: Für eine erfolgreiche Schullaufbahn

13 | CHRISTIAN SAGARTZ IST NEUER
LANDESOBMANNS IM BURGENLAND



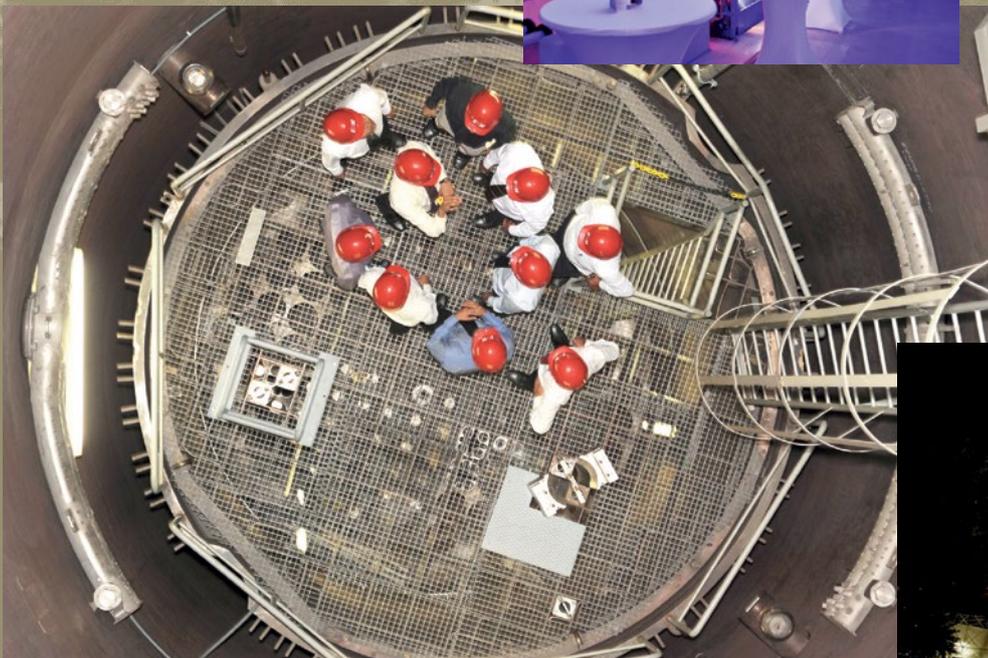
Foto: Ronald Fank

AKW Zwentendorf als Event-Location

Das Atomkraftwerk Zwentendorf: ein einzigartiger Veranstaltungsort, der alles bietet.

Kontakt

T 02236 200-0
info@evn.at
akw@zwentendorf.com



EDITORIAL**Liebe Leserin, lieber Leser der *freiheit!***

Die Bundesregierung ist angetreten, um die arbeitenden Menschen in unserem Land spürbar von Steuern und Abgaben zu entlasten. Weniger Steuern und Abgaben bedeuten mehr finanzielle Freiheit für den Einzelnen. In den vergangenen Wochen ist in dieser Hinsicht – nicht zuletzt auch durch die unermüdliche Arbeit der Spitze des ÖAAB – viel passiert.

Seit Jahren setzt sich der ÖAAB auf allen Ebenen für eine ehrliche Entlastung für Familien im Steuerrecht ein. Unser Hauptaugenmerk bei allen Bestrebungen lag immer darauf, die tatsächliche finanzielle Belastung, die Familien haben, zu mildern. Die Umsetzung des ÖAAB-Modells eines steuerfreien Existenzminimums für jedes unversorgte Familienmitglied war dabei immer das Ziel. Durch den Familienbonus Plus, von dem 950.000 Familien und 1,6 Millionen Kindern mit 1.500 Euro netto pro Jahr profitieren, wurde dieses Ziel jetzt endlich erreicht! Ein ÖAAB-Erfolg, den es durchaus zu feiern gilt.

Wir können stolz sein und dürfen diesen Meilenstein in der Familienpolitik auch bewerben. Schon lange war es für uns Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter nicht mehr möglich, positives Marketing zu betreiben. Darum lasst es uns jetzt tun: Gehen wir hinaus zu den Menschen und erzählen wir ihnen, was der ÖAAB mit dem Familienbonus Plus für sie erreicht hat.

Herzliche Grüße,
Ihre

Nikola König-Weixelbraun
freiheit-Chefredakteurin



Foto: ÖAAB/Berger

august.woeinger@oeaab.com
www.facebook.com/August.Woeinger
Instagram: @gustwoeinger

Die Menschen in unserem Land werden immer älter. 2015 lag in Österreich der Anteil der über 80-Jährigen gemessen an der Gesamtbevölkerung bei fünf Prozent. Bis 2030 wird sich der Anteil auf 6,6 Prozent und bis 2060 auf elf Prozent erhöhen. Das ist gut so, jedoch bringt das auch enorme Herausforderungen für unseren Sozial- und Pflegebereich.

VORARLBERGS ERFOLGSMODELL PFLEGELEHRE AUCH IM BUND UMSETZEN

EIN GASTKOMMENTAR VON BUNDESOBMANN AUGUST WÖGINGER

Derzeit beziehen rund 450.000 Personen Pflegegeld. Und der Pflegebedarf wird in Österreich in Zukunft weiter massiv ansteigen. Es gilt jetzt so schnell als möglich Wege und Strategien zu entwickeln, um den steigenden Pflegebedarf auch zukünftig nachhaltig bewältigen zu können. Besonders die Frage nach dem personellen Mehrbedarf an qualifizierten Pflegerinnen und Pflegern müssen wir uns stellen: Woher die Fachkräfte nehmen?

Die Schweiz hat dafür mit der Lehre zur Pflegefachkraft eine gute Lösung gefunden. Nach nur zehn Jahren hat es diese dreijährige Ausbildung unter die Top 3 der Lehrberufe in der Schweiz geschafft. Auch in Vorarlberg setzt man seit 2011 auf ein Modell der Ausbildungskombination Betriebsdienstleistungslehre und Pflegeassistentenlehre: Die sogenannte Pflegelehre. 79 jungen Menschen, die an einer Lehre im Pflegebereich interessiert sind, wurde bisher die Möglichkeit geboten, in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen in Vorarlberg zu lernen und Erfahrungen zu sammeln. Und die Nachfrage nach einem Ausbildungsplatz ist groß.

Wer bisher in Österreich nach der Pflichtschule eine Lehre zum Pflegehelfer machen will, ist schlicht zu jung. Erst ab 17 kann man eine solche Ausbildung beginnen. Dadurch entsteht aber eine Lücke. Pflichtschulabgängern bleibt im Moment nur die Möglichkeit, die Zeit zu überbrücken oder eine andere Lehre zu wählen. Damit gehen sie dem Pflegebereich oft für immer verloren.

Diese Lücke muss geschlossen werden. Um die hohe Betreuungsqualität im Sinne der Pflegebedürftigen weiterhin gewährleisten zu können, müssen wir reagieren. Mit dem Ziel, einen neuen Lehrberuf zu etablieren, der eine österreichweite duale Lehrausbildung im Sozial- und Pflegebereich ermöglicht. Das Vorarlberger Erfolgsmodell sichert die gute Qualität im Pflegebereich nachhaltig, warum also nicht dieses Modell bundesweit ausbauen?

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Mag. Herbert Kullnig, Rudolf Habeler, Nicole Karlick) **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvas **Anzeigenverwaltung:** Nicole Karlick, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-351, office@wienerpressverein.com **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz **Herstellung:** NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten; Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

Der Kanzleramtsminister Gernot Blümel im *freiheit*-Interview:

Für ein Europa, das schützt und sich um die wirklich wichtigen Dinge kümmert!

Am 1. Juli übernimmt Österreich die EU-Ratspräsidentschaft. Mit den Schwerpunkten mehr Stabilität in Wirtschaft, Migrationsfragen und der Nachbarschaft. Mit der *freiheit* hat Kanzleramtsminister Gernot Blümel über die wichtigsten Vorhaben während dieser Zeit gesprochen.

freiheit: Herr Bundesminister, wo liegen die Schwerpunkte des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im zweiten Halbjahr 2018?

Gernot Blümel: Der EU-Ratsvorsitz bietet große Chancen für Österreich und die Weiterentwicklung Europas, die wir bestmöglich nutzen werden. Der Vorsitz findet in einem herausfordernden Zeitraum statt, in dem der Brexit, der mehrjährige Finanzrahmen und die künftigen Schwerpunktsetzungen der Europäischen Union wesentliche Themen sein werden. Und wir wollen selbstverständlich unsere Schwerpunkte in jenen Themen setzen, die uns besonders wichtig sind: Ein Europa, das schützt und das seinen Bürgerinnen und Bürger wieder spürbare Sicherheit bringt, sowie Antworten auf die großen Fragen gibt.

freiheit: Die Präsidentschaft steht unter dem Motto „Europa, das schützt“. Gibt das Motto gleich den Inhalt vor?

Blümel: Unsere Schwerpunkte sind Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sowie Stabilität in der Nachbarschaft. Das alles fällt unter das Dach des Schutzes. Genau darum geht es uns, genau das erwarten die Menschen zu Recht von der Europäischen Union. Wir wollen eine EU, die stärker ist in großen Fragen, wo sich die Bürgerinnen und Bürger zu Recht eine Antwort von der EU erwarten. Dazu zählen für mich Bereiche wie die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Schutz der Außen-



Foto: ÖVP Wien

grenzen, Digitalisierung oder Wettbewerbsfähigkeit. Dafür sollte sich die EU in anderen Fragen zurückziehen, die besser direkt vor Ort geregelt werden können.

freiheit: Österreich wird oftmals als „Brückenbauer“ innerhalb der EU bezeichnet. Wie werden Sie diese Rolle weiter anlegen?

Blümel: Österreich war, ist und wird Brückenbauer sein, weil wir in erster Linie mit jedem den Dialog suchen. Darüber hinaus werden wir während unserer Ratspräsidentschaft auch wieder ein Ort des Dialogs sein. Nach derzeitigem Planungsstand werden 13 informelle Ministerräte in ganz Österreich stattfinden. Insgesamt wird es rund 300 geplante Vorsitzveranstaltungen in Österreich und 130 im Austria Center Vienna geben. Am

19. Juni wird auch die Präsidentenkonferenz des Europäischen Parlaments in Wien stattfinden. Außerdem ist es natürlich auch wichtig auf politischer Ebene Menschen zu verbinden.

freiheit: Gibt es ein Ereignis, auf das Sie sich persönlich besonders freuen?

Blümel: Selbstverständlich freue ich mich darauf, dass unser schönes Land im Zentrum des europäischen Interesses steht und damit auch im Mittelpunkt der Berichterstattung. Außerdem ist der österreichische Ratsvorsitz für uns eine Gelegenheit, den Ruf Österreichs als Kunst- und Kulturlation weiter zu festigen. Es gibt nicht viele Bereiche, in denen Österreich Weltspitze ist – Kunst und Kultur ist aber einer davon und so ist auch das kulturelle Rahmenprogramm etwas, auf das ich mich freue.



Fotoshutterstock.com

Startschuss für Modernisierung und Sanierung des Bildungssystems

Um unsere Kinder und Jugendlichen und ihre Talente und Stärken bestmöglich zu fördern, wird noch im Frühjahr ein von Bildungsminister Heinz Faßmann ausgearbeitetes Bildungspaket beschlossen werden. Es beinhaltet zukunftsweisende Veränderungen, die unserem Anspruch an ein zukunftsfittes Bildungssystem gerecht werden.

Ein verbindlicher Katalog zur Präzisierung von Schulreife-kriterien, einheitliche Talente-Checks als Unterstützung zur Bildungs- und Berufswahl, eine verbesserte Notengebung in der Volksschule zur Aufrechterhaltung der Lernmotivation sowie die Weiterentwicklung und Stärkung der NMS sind vorgesehen.

DIE PLÄNE IM DETAIL:

Präzisierung der Schulreife-kriterien

Derzeit werden Schulreife-feststellungen sehr unterschiedlich gehandhabt. In Zukunft soll ein einheitlicher Katalog österreichweit gleiche Bedingungen schaffen. Bevor Kinder mit der Schule beginnen dürfen, soll unter anderem die Feinmotorik, das zahlenbezogene Vorwissen und die Geschwindigkeit, wie schnell sie vertraute Dinge benennen können, getestet werden. Im Zuge eines Aufnahmegesprächs wird künftig die Schulreife festgestellt, die Kinder werden bei Bedarf in einer Vorschule oder in

den Deutschklassen auf den regulären Schulbetrieb vorbereitet.

Talentechecks

Bereits jetzt werden teilweise Schülerinnen und Schüler durch sogenannte „informelle Kompetenzmessungstests“ in der dritten Schulstufe auf ihre Talente getestet. Nach der Volksschule der ersten Sekundarstufe werden künftig an allen Schulen verpflichtend neben den Noten auch Talentechecks durchgeführt, um die Grundlage für einen optimalen Bildungs- und Berufsweg zu schaffen.

Verbesserung und Weiterentwicklung der Leistungsbeurteilung

Die Ziffernnoten sollen wieder aufgewertet, gleichzeitig aber die alternative Beurteilung zusätzlich beibehalten werden. Die aus dem Jahr 1974 stammende Leistungsbeurteilung wird zeitgemäß reformiert, dabei werden neue Ziele definiert und für mehr Objektivität gesorgt. Das detaillierte System soll gemeinsam mit Schulpartnern, Expertin-

nen und Experten und der Wissenschaft entwickelt werden und im Schuljahr 2019/2020 starten.

Neue Mittelschule

Innerhalb der Neuen Mittelschule soll ein durchgehendes System mit fünf Noten statt des unbeliebten Sieben-Noten-Systems eingeführt werden. Darüber hinaus werden Entwicklungsgruppen in den Kernfächern ab der 7. Schulstufe eingeführt. Bei einer nun geplanten Weiterentwicklung sollen die Noten und die Leistungsdifferenzierung neu definiert werden. Im Zuge eines breiten Beteiligungsprozesses werden die Details des Pädagogik-Pakets, unter Einbeziehung von unterschiedlichen betroffenen Gruppen und Fachleuten erfolgen. Nach der Einführung der neuen Deutschklassen, die bereits im Herbst 2018 starten sollen, setzt die Bundesregierung damit bereits den nächsten Schritt, um eine ideale Grundlage für eine positive Zukunft der jungen Generation zu schaffen.

Der Konsumentenschutz muss im 21. Jahrhundert ankommen!

Im *freiheit*-Interview mit Neo-Abgeordneten zum Nationalrat Peter Weidinger unterstreicht der Konsumentenschutzsprecher der Neuen Volkspartei den Gedanken eines zeitgemäßen und modernen Konsumentenschutzes, erklärt, wie er seine Sprecherrolle gestalten möchte, und gibt Einblicke in seine Arbeit als Nationalrat und Stadtparteiobmann.

***freiheit*: Herr Abgeordneter, Sie sind nun bereits seit über sechs Monaten Mitglied des Nationalrates für die Neue Volkspartei. Wie fühlt es sich an, in der Bundespolitik angekommen zu sein?**

Peter Weidinger: Mir macht es unglaubliche Freude und Spaß, als Nationalrat der Bevölkerung dienen zu dürfen! Ich durfte mich auch schon davor fast zehn Jahre in Villach als Stadtrat engagieren und konnte mich tagtäglich für die kleinen und größeren Anliegen der Villacherinnen und Villacher einsetzen. In der Politik ist es für mich immer essenziell gewesen, der erste Ansprechpartner bei Problemen aller Art zu sein. Ich verstehe mich als Politiker als Dienstleister und Problemlöser für die Bevölkerung – genau das darf ich nun seit über zehn Jahren machen und dieser Job erfüllt mich.

***freiheit*: Sie sind Sprecher der neuen Volkspartei für Konsumentenschutz. Welche Thematiken sind Ihnen hier besonders wichtig?**

Weidinger: Konsumentenschutz an sich ist ein unglaublich spannendes, gleichzeitig aber auch sehr breites Feld. Der Konsumentenschutz betrifft alle Lebenslagen und Lebenssituationen der Menschen – genauso vielfältig sollte man ihn auch denken. In den nächsten Monaten möchte ich meinen Fokus auf zwei große Themenfelder legen. Wichtig sind mir die Sicherstellung regionaler Lebensmittelversorgung und die Erarbeitung einer digitalen

Konsumentenschutzagenda.

***freiheit*: Eine digitale Konsumentenschutzagenda? Was genau kann man sich darunter vorstellen?**

Weidinger: Bereits in den letzten Jahren hat die Digitalisierung spürbar in unserem Alltag Einzug gehalten und in Zukunft werden wir die Auswirkungen noch stark spüren. Das betrifft den Arbeitsmarkt, unsere Freizeit und somit natürlich auch den Konsumentenschutz. Dieser muss daher endlich auch im 21. Jahrhundert ankommen und sich an die wandelnden Gegebenheiten anpassen. Wir können alle von der Digitalisierung profitieren, wenn mit klaren Spielregeln gearbeitet wird. Ziel der digitalen Konsumentenschutzagenda ist es, ein neues Verständnis von Konsumentenschutz zu entwickeln, welches die Verbraucherinnen und Verbraucher schützt, gleichzeitig aber die Vorzüge und Freiheiten der Digitalisierung nicht einschränkt. Die Technik soll ja schließlich dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Technik!

***freiheit*: Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus?**

Weidinger: Mir war es von Anfang an wichtig, ein neues Verständnis vom Konsumentenschutz, aber auch der Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen zu prägen. Oft braucht es in diesem Bereich nämlich nicht viele Ressourcen, sondern ein part-



Foto: privat

nerschaftliches und zielorientiertes Miteinander aller Involvierten. Gemeinsam mit der FPÖ konnten wir z.B. schon eine parlamentarische Anfrage an Infrastrukturminister Hofer zur digitalen Vignette, welche aktuell erst 18 Tage nach Online-Kauf gültig ist, stellen. Hier geht es um eine Erleichterung für den Endverbraucher. Eine minimale Änderung, die am Ende des Tages dem Konsumenten Zeit und Aufwand erspart. Essenziell ist es, eine gute Gesprächsbasis mit allen Fraktionen zu haben, um auch bei konträren Meinungen gemeinsam im Ausschuss für Konsumentenschutz für die Bevölkerung etwas voranbringen zu können.

FREIHEIT | ZUR PERSON

Abg.z.NR Mag. Peter Weidinger

- aus Villach
- verheiratet, eine Tochter
- Abgeordneter zum Nationalrat seit 2017
- Stadtparteiobmann in der ÖVP Villach, seit 2007
- Stadtrat in Villach, 2007 – 2017
- Gemeinderat in Villach, seit 2017
- Studium der Rechtswissenschaften in Graz

Sie haben eine Frage oder Anregung für NR Weidinger? Dann melden Sie sich!

Heldenplatz 11, 1010 Wien
peter.weidinger@parlament.gv.at

Arbeit für uns alle!

Die Bundesregierung will „die besten Rahmenbedingungen“ für unseren Arbeitsmarkt.

Die Bundesregierung legte am 1. Mai einen 7-Punkte Aktionsplan für Vollbeschäftigung vor. Ziel ist, mit konkreten Maßnahmen die Arbeit der Zukunft bestmöglich zu gestalten. Als drei zentrale Gestaltungsbereiche werden

Nachfrage, Angebot und Vermittlung von Arbeit genannt. Als Anspruch nennt Bundeskanzler Sebastian Kurz „die besten Rahmenbedingungen“ für den Arbeitsmarkt zu schaffen.

Die 7-Punkte im Detail:

1. Zur Steigerung der Attraktivität des Standorts setzt man auf starke Rahmenbedingungen durch Deregulierung.
2. Eine Strategie für Zukunftssektoren soll dafür sorgen, dass die Herausforderungen der Digitalisierung und Automatisierung gelöst werden.
3. Durch den Ausbau der „Export Nation Österreich“ soll Österreichs Profil als internationaler Handelspartner weiter gestärkt werden.
4. Die Qualifikation für den Arbeits-

markt wird durch Investitionen in Bildung und Forschung sichergestellt. Hier will die Bundesregierung bei den Grundlagen, der Lehre und bei Lenkungseffekten ansetzen.

5. Für eine verstärkte Arbeitsmarktintegration muss die Zuwanderung in das Sozialsystem verringert und qualitative Zuwanderung forciert werden.
6. Das Ziel der AMS-Reform soll effektivere und raschere Vermittlung sein. Es sollen vor allem die Zielvorgaben erneuert, Planung verbessert und das Erfolgsmonitoring gestärkt werden.
7. Um verbesserte Anreize zu schaffen wird die Arbeitslosenunterstützung reformiert. Der Ansatz wird eine degressive Unterstützung sein, die zwar stark unterstützt – das jedoch mit zeitlicher Befristung.



Neues von den ÖAAB Bundesfrauen

Sonja Ledl-Rossmann ist Landtagspräsidentin in Tirol

Nach der erfolgreichen Landtagswahl in Tirol wechselte die Vizepräsidentin des Bundesrates Sonja Ledl-Rossmann als Landtagspräsidentin in die Landespolitik. Ledl-Rossmann war seit 2013 im Bundesrat aktiv. Im ersten Halbjahr 2017 war sie Präsidentin des Bundesrates – damit fiel

ihr auch die Aufgabe zu, den neuen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen anzugeloben. Seit Herbst 2017 war Ledl-Rossmann außerdem Vizepräsidentin des Bundesrats. Nun verstärkt sie das Team rund um LH Günther Platter in Tirol.



Sonja Ledl-Rossmann

Foto: ÖVP-Klub/Sabine Krimpt

Monika Gabriel bleibt Bundes-FCG-Frauvorsitzende

Im Rahmen des 18. Bundes-FCG-Frauen-Kongresses wurde Monika Gabriel das dritte Mal in Folge mit überwältigender Mehrheit zur Bundes-FCG-Frauvorsitzenden gewählt. Seit 2009 hat sie diese Funktion inne. Im Anschluss an den FCG-Kongress fand auch der ÖGB-Bundesfrauenkongress statt, bei dem Monika Gabriel in ihrer

Funktion als ÖGB-Bundesfrauvorsitzenden-Stellvertreterin ebenso eindrucksvoll bestätigt wurde. Gabriel sieht Frauenpolitik als Gesellschaftspolitik und setzt sich klar für die Balance zwischen Beruf und Familie ein.



Monika Gabriel

Foto: ÖGB/Harold Naeijer



UNSER LAND IN **GUTER** HAND



Fraktion Christlicher
GewerkschafterInnen
in der



**GEWERKSCHAFT
ÖFFENTLICHER
DIENST**



göd.fcg



www.goedfcg.at



Reformieren ja, aber richtig!

Seit Jahren fordert die GÖD eine sinnvolle Weiterentwicklung der Verwaltung. Einer Verwaltungsreform, die nur als Deckmantel für Einsparungen dienen soll, erteilen wir allerdings eine klare Absage.

„Wir starten in eine neue Zukunft. Es beginnt eine gute neue Zeit.“ Mit diesen Worten eröffnete Finanzminister Hartwig Löger seine Budgetrede 2018/19 im Parlament. Bei allem angesichts der außerordentlich positiven Wirtschaftsdaten tatsächlich gebotenen Optimismus gibt es dazu doch einiges anzumerken. Wenn zum Beispiel die Aussage „Wir sparen bei uns selbst“ äußerst knappe Ressortbudgets bedeutet, so heißt das, dass die gesetzlich vorgegebene Aufgabenstruktur in vielen Bereichen in der Perspektive kaum mehr erfüllt werden kann. Der berechtigte Aufschrei im Bereich Justiz – es geht immerhin um das Funktionieren der Rechtsstaatlichkeit – zeigt die Problematik gut auf. Statt Pensionierungen im Öffentlichen Dienst eingeschränkt nachzubesetzen, muss angesichts der bevorstehenden großen Pensionswelle mit aktiver Personalpolitik, Wissensmanagement und Neuaufnahmen gegengesteuert werden. In der nächsten Dekade werden zirka 50 Prozent aller Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand übertreten. Wir brauchen daher dringend eine Aufnahmeoffensive! Nur so kann das Verwaltungshandeln in der gewohnten hohen Qualität sichergestellt werden. Die in der Budgetrede angesprochenen Verwaltungsvereinfachungen, Prozessoptimierungen und Digitalisierungsbemühungen können nur gelingen, wenn die Expertise der Kolleginnen und Kollegen im Reformprozess entsprechend Berücksichtigung findet.

Am Prinzip der Selbstverwaltung darf nicht gerüttelt werden

In diesem Zusammenhang noch ein klares Wort zum aktuellen Thema „Re-



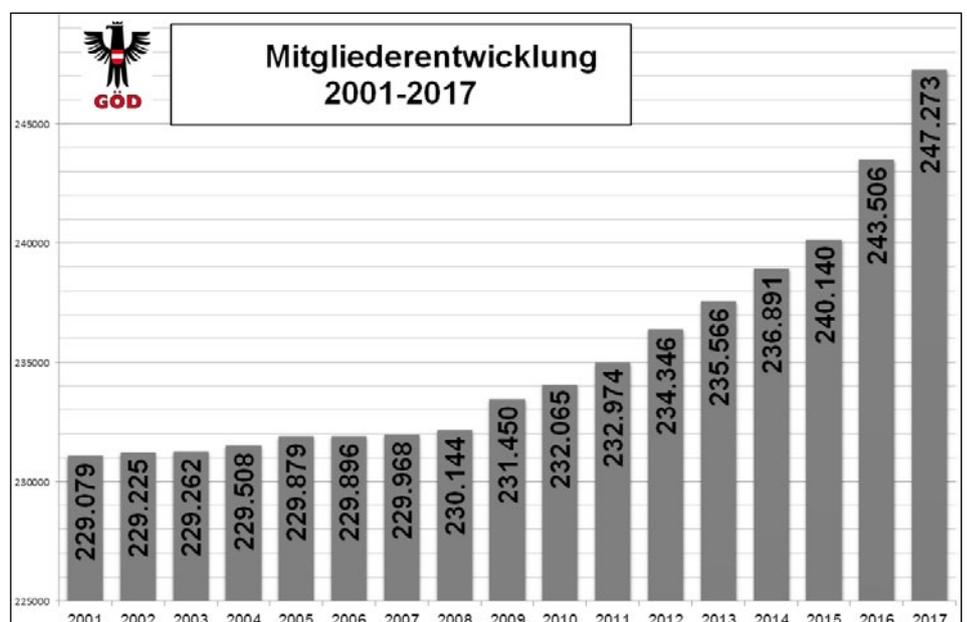
GÖD-Vorsitzender Dr. Norbert Schnedl

form der Sozialversicherungsträger“: Die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger ist eine große gesellschaftliche Errungenschaft. Sie ist Ausdruck demokratischer Mitbestimmung und Selbstorganisation. An den Prinzipien dieser hervorragend funktionierenden Errungenschaft darf nicht gerüttelt werden, eine Versachlichung

der Diskussion rund um die Sozialversicherungsträger ist unbedingt notwendig!

Historischer Mitgliederrekord

Dass unser Einsatz für die Anliegen der öffentlich Bediensteten breite Akzeptanz unter unseren Mitgliedern findet, bildet sich in der Entwicklung unseres Mitgliederstandes ab: Mit 247.273 Mitgliedern hat die GÖD einen neuen historischen Höchststand erreicht! Wir sind so stark wie nie zuvor. Solidarität, also das Eintreten füreinander, steht bei den Öffentlich Bediensteten offenbar hoch im Kurs – und das ist gut so! Eine (mitglieder-)starke Gewerkschaft kann die Interessen der Mitglieder erfolgreich vertreten. Alleine in den letzten zehn Jahren ist der Mitgliederstand trotz sinkender Personalstände im Öffentlichen Dienst um mehr als 17.000 Mitglieder gewachsen. Wir werden uns anstrengen, damit dies auch so bleibt!



ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Gregor Hammerl



Foto: Seniorenbund

Gregor Hammerl mit seinem Hund Merlin

freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Gregor Hammerl: Mein Lieblingsort in Österreich ist für mich das Viertel in Graz, in dem ich wohne, und der Ort, an dem ich arbeite. Das ist für mich Heimat. In meinem Haus und Garten kann ich „ich“ sein. Mein Arbeitsplatz als Landesobmann im Seniorenbund und Präsident des Hilfswerks Steiermark stellt für mich einen weiteren Lebensmittelpunkt dar. Vor allem sind es die

Gregor Hammerl ist „Steirer mit Leib und Seele“ und vertritt sein Heimatbundesland im Bundesrat. Darüber hinaus hat er aber auch zahlreiche Ehrenämter inne und engagiert sich vor allem für die Seniorinnen und Senioren.

Menschen, die diese Orte für mich zu meinen Orten machen. Die Frage nach dem Lieblingsplatz geht ja über den Heimort hinaus. Dieser Lieblingsort ist für mich Wien, konkreter die Josefstadt, wo ich Quartier beziehe, wenn ich im Bundesrat tätig bin.

freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen „Insider-Tipp“ für diesen Ort?

Hammerl: In der Umgebung finde ich das vor, was mir Blickpunkte eröffnet: Theater, Museen, Kulturveranstaltungen, Ausstellungen, Flohmärkte. Das bereichert mein Leben. Vor allem sind es oft die „kleinen Dinge“, die mir Freude machen: ein Markt, eine alte Fassade, ein kleines Bild an der Wand, ein alter Brunnen, ein unscheinbares Denkmal. „Da ist’s gut sein!“, sage ich mir dann oft.

freiheit: Was ist denn Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?

Hammerl: Rovinj, die kroatische Hafenstadt an der Westküste Istriens mit ihren engen Gässchen und einladenden Tavernen, ist mein Lieblingsplatz im Ausland. Mit langgezogenen Spaziergängen durch die Gassen, kurzen Gesprächen mit den Einwohnern, bei einem Gläschen Wein in einem Straßencafé, da lässt sich’s leben.

Mit meinem geliebten Hund Merlin, ein Englisch-Setter, ist es für mich ein besonderer Genuss, durch die Straßen zu schlendern. In der Nähe befindet sich ja auch Pula mit seinen historischen Gebäuden, dem Amphitheater, aber auch dem Soldatenfriedhof, die für mich Einbettung in eine lange Geschichte mit Österreich bedeuten. Die Orte atmen Geschichte, ich stelle mir dann die Frage nach dem Woher und Wohin.

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Oberste Organe

Im Zuge der Budgetdebatten der vergangenen Wochen ist einige Male auch der Begriff „Oberste Organe“ gefallen. Dieser Begriff fasst jene staatlichen Stellen zusammen, die aufgrund ihrer Rolle als Höchstgerichte bzw. Organe, denen die Kontrolle der Verwaltung obliegt, besondere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit genießen. Sie werden deshalb „Oberste Organe“ genannt, weil sie im hierarchischen Staatsaufbau an oberster Stelle stehen und über sich kein weisungsberechtigtes Organ haben.

Zu den Obersten Organen zählen die Präsidentschaftskanzlei, die Parlamentsdirektion, der Verfassungsgerichtshof, der Verwaltungsgerichtshof, die Volksanwaltschaft und der Rechnungshof. Diese staatlichen Institutionen werden vom jeweiligen Budget des Bundes miterfasst. Sie können aber bei der Budgeterstellung nicht in die Struktur „Ministerium – nachgeordnete Dienststellen“ eingeordnet werden, sondern werden in dieser Beziehung von ihren jeweiligen Präsidenten vertreten. Daher: „Oberste Organe“.

Beim Parlamentsbudget sind für heuer 227,1 Millionen Euro (plus 32 Millionen gegenüber 2017) und für 2019 288,82 Millionen Euro veranschlagt. Davon sind 2018 105 Millionen für die Parlamentssanierung budgetiert. 5,75 Millionen Euro sind für einen Ausbau der Unterstützungsleistungen für die Abgeordneten vorgesehen – darin enthalten etwa auch das „Parlaments-TV“ und ein Servicepoint für die Mandatäre.

Splitter aus dem Parlament

Das Klubpräsidium

Das aktuelle Präsidium des ÖVP-Parlamentsklubs - eines der wichtigsten Gremien unserer Fraktion - besteht aus Klubobmann August Wöginger, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) ÖAAB Michael Hammer, dem Vorsitzenden der ARGE Wirtschafts- bund Peter Haubner, dem Vorsitzenden der ARGE Bauernbund Georg Strasser, den Klubobmann-Stellvertreterinnen Gabriela Schwarz, Barbara Krenn und Angelika Winzig, dem Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka, ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer, Klub-Schriftführerin Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler, dem Fraktionsvor-



Am Bild (v.l.n.r.): Karl Nehammer, Gabriela Schwarz, Georg Strasser, Michael Hammer, Wolfgang Sobotka, Barbara Krenn, Andrea Eder-Gitschthaler, August Wöginger, Peter Haubner, Angelika Winzig, Martin Falb

sitzenden der ÖVP-Bundesräte Edgar Mayer (nicht im Bild) und Klubdirektor Martin Falb.

Neuigkeiten aus dem Bundesrat

Die Salzburger Bundesrätin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler ist neue Schriftführerin im ÖVP-Parlamentsklub. Sie hat diese Aufgabe von Anneliese Junker übernommen, die kein Mandat mehr innehat. Als Schriftführerin ist Eder-Gitschthaler automatisch auch Mitglied im Klub-Präsidium. +++ Der fulminante Sieg der neuen Volkspartei bei der Landtagswahl in Salzburg schlägt sich auch in einem zusätzlichen Mandat der ÖVP im Bundesrat nieder. Wer das neue Mandat erhält, wird in Salzburg erst entschieden.

+++ Neuer Vizepräsident der Länderkammer ist der Vorarlberger ÖVP-Bundesrat Dr. Magnus Brunner. Er hat in dieser Funktion die Nachfolge der bisherigen Bundesrätin Sonja Ledl-Rossmann übernommen, die Landtagspräsidentin in Tirol geworden ist.

Adieu Rohrpost!

Eine traurige Nachricht für alle Fans von historischen Einrichtungen: Die mehr als 30 Jahre alte Rohrpostanlage im Parlamentsgebäude wurde im Zuge der Generalsanierung endgültig außer Betrieb gesetzt. Im Vollausbau umfasste die Anlage, die bereits Kultstatus hatte, ein Streckennetz von rund 2.000 Metern und verband die meisten Nebenhäuser mit dem Parlamentsgebäude am Ring und damit viele Abteilungen miteinander. Pro Jahr wurden auf diesem Weg rund 100.000 Sendungen verschickt. Darüber hinaus war die Rohrpost auch immer ein „Highlight“ für die ganz jungen Besucher des Hohen Hauses.



0:2 – FC Nationalrat: Außenministerium

Nach hartem, fairem Kampf unterlag der FC Nationalrat bei einem Freund-

schaftsspiel dem Außenministerium 0:2. Die Abgeordneten nahmen es sportlich: „Der Spaß zählt – und Sport



Die beiden Abgeordneten Niki Bertlakovich (li.) und Fritz Ofenauer (re.) mit Botschafter Michael Linhart (Mitte)

verbindet Menschen über politische Grenzen hinweg“, so die ÖVP-Mandatare.

Gedenkveranstaltungen

Das Jahr 2018 steht im Zeichen zahlreicher Gedenk- und Jahrestage. Die Erinnerung an das Jahr 1938 wird heuer mit vielen Veranstaltungen ganz besonders wach gehalten. So wurde am 4. Mai im Zeremoniensaal der Hofburg in einer Gedenkveranstaltung anlässlich des Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Am 6. Mai nahmen zahlreiche Abgeordnete anlässlich der 73. Wiederkehr der Befreiung des KZ Mauthausen an einer internationalen Gedenk- und Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen teil.



Gedenk- und Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen

**„Wozu
brauchen
wir Export
überhaupt?“**



**Für 1,7 Millionen
Arbeitsplätze in
Österreich.**

Informieren Sie sich jetzt!

→ iv.at/handel

Eine Initiative der
Industriellenvereinigung

iv

MEINE ARBEIT. UNSERE INDUSTRIE.



Bundesobmann August Wöginger, Generalsekretär Christoph Zarits und Landesparteiobmann Thomas Steiner mit dem frisch gewählten Landesobmann Christian Sagartz und seinem Team (v.l.n.r.): Michael Knopf, August Wöginger, Christian Sagartz, Andrea Dvornikovich, Thomas Steiner, Norbert Sulyok, Patrik Fazekas und Christoph Zarits

100 Prozent für Christian Sagartz

Im Rahmen des 21. Ordentlichen Landestages des ÖAAB Burgenland wurde Ende April Christian Sagartz mit 100 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Landesobmann gewählt. Seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter Andrea Dvornikovich, Michael Knopf, Michaela Pumm, Gerhard Schmölzer und Norbert Sulyok wurden ebenso mit großen Mehrheiten gewählt.

Am 25. April 2018 fand in der Cselley Mühle in Oslip der 21. Ordentliche Landestag des ÖAAB Burgenland statt. Neben rund 200 Delegierten und Gästen fanden sich auch zahlreiche Ehrengäste ein. Mit dabei waren unter anderem ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, Abgeordneter zum Europäischen Parlament Lukas Mandl, Landesparteiobmann Thomas Steiner und der 2. Landtagspräsident Rudolf Strommer. Als Moderator führte ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits durch den kurzweiligen Landestag. Neben Grußworten und statutarischen Tagesordnungspunkten stellten die Mitglieder des ÖAAB Burgenland auch die Weichen für die Zukunft und wählten ein neues Team.

Der burgenländische Klubobmann Christian Sagartz wurde mit 100

Prozent zum neuen Landesobmann des ÖAAB Burgenland gewählt. Der Pötschinger Sagartz folgt auf Bernhard Hirczy, der seit 2014 Landesobmann des ÖAAB war. Sagartz' Stellvertreter sind: Andrea Dvornikovich (Eisenstadt), Michael Knopf (Stegersbach), Michaela Pumm (Heiligenkreuz), Gerhard Schmölzer (Edelstal) und Norbert Sulyok (Kirchfidisch). Als Finanzreferent wurde Patrik Fazekas (Neutal) gewählt.

Soziale Stimme der Volkspartei

In seiner Antrittsrede als frisch gewählter Landesobmann positionierte Sagartz den burgenländischen ÖAAB als soziale Stimme der Volkspartei und präsentierte seine zukünftigen Vorhaben: „Unsere Gesellschaft und vor allem die Arbeitswelt haben sich verändert. Auch der ÖAAB hat sich

weiterentwickelt und will Schrittmacher sein. Die Menschen wollen, dass Probleme und Herausforderungen der Arbeitswelt gelöst werden. Drei Themen sind in unserer Arbeit besonders wichtig: Die Chancen der Digitalisierung nutzen, die Gesundheitsversorgung am Land absichern und die Leistungsträger in diesem Land entlasten.“

Sagartz nutzte seine Rede, um sich beim gesamten Team, vor allem bei seinem Vorgänger Bernhard Hirczy, zu bedanken: „Bernhard hat den ÖAAB in einer schwierigen Phase übernommen und in sichere Gewässer gebracht. Dafür hat er unseren größten Respekt.“

ÖAAB unterwegs

Foto: ÖAAB Salzburg



Gust goes Salzburg

Gemeinsam mit der geschäftsführenden Salzburger Landesobfrau Daniela Gutschi absolvierte Bundesobmann August Wöginger einen abwechslungsreichen Besuchstag in Salzburg. Neben einem Betriebsbesuch in der neuen Hauptzentrale des Salzburger Hilfswerks in Puch-Urstein und in dem Verteilzentrum der Post AG in Wals standen der Austausch und die Diskussion der aktuellen Themen mit den Mitgliedern und Sympathisanten des ÖAAB Salzburg im Mittelpunkt des Besuchs. Nach einer arbeitsintensiven Landesvorstandssitzung wartete eine Diskussionsveranstaltung auf den Bundesobmann. In Pfarrwerfen fand unter dem Motto „ÖAAB Klartext“ eine Podiumsdiskussion statt, bei der Bundesobmann Wöginger zu den aktuellen Vorhaben der Bundesregierung Rede und Antwort stand.



Foto: ÖAAB/Thomas Friedrichkeit



Reger Austausch mit der BAK

Zu einem regen Austausch über die Zukunft der Sozialversicherung trafen sich die Mitglieder der ÖAAB/FCG-Fraktion in der Bundesarbeiterkammer Mitte April in Villach. ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits klärte dabei über die Vorhaben der Bundesregierung auf und berichtete über den aktuellen Stand der Planungen. Wichtig sei es, stellte dabei der Generalsekretär fest, eine nachhaltige Leistungsharmonisierung zu erreichen, bei der gleiche Beiträge auch gleiche Leistung beinhalten. Der Mensch stehe dabei klar im Mittelpunkt. Im Bild (v.l.n.r.): Vorarlbergs AK-Präsident Hubert Hämmerle, Wiener Fraktionsvorsitzender Fritz Pörtl, Vorarlbergs AK-Direktor Rainer Keckeis, Tirols AK-Präsident Erwin Zangerl, AK-NÖ-Vizepräsident Josef Hager, ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, BAK-Fraktionssekretär Günter Leutgeb, Tirols AK-Direktor Gerhard Pirchner und AK-Kärnten-Kammerrat Christian Struger.



Foto: ÖAAB/Thomas Friedrichkeit



Unterwegs in der Steiermark

Im Rahmen seiner Antrittsbesuchs-Tour legte ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits einen Tourstopp in der Steiermark ein. Auf Einladung von Landesobmann Christopher Drexler und Landesgeschäftsführer Günther Ruprecht fanden – neben einem Kennenlernen des Teams des Steirischen ÖAAB – Gespräche zur Weichenstellung für die Zukunft statt. Im Bild Christoph Zarits mit dem Team aus der Grazer Keplerstraße (v.l.n.r.): Gerhard Piuk, Günther Ruprecht, Sabrina Zach, Nina Rieger und Christoph Zarits.

Foto: ÖAAB/Thomas Friedrichkeit



Arbeiten für Kärnten

Nach der Landtagswahl in Kärnten lud ÖAAB-Landesobfrau Angelika Kuss-Bergner zu einem Landesvorstandstreffen, um gemeinsam mit ihrem Team die Arbeit für die kommenden Monate festzulegen. Für den Bericht über die Vorhaben der Bundesregierung war ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits eingeladen, der einen kurzen Überblick gab und sich anschließend der angeregten Diskussion mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern stellte.

Foto: ÖAAB Burgenland/Josef Siffert



Ehre, wem Ehre gebührt

Im Rahmen des Landestages im Burgenland erhielt der ehemalige Geschäftsführer Walter Müllner in Würdigung seiner besonderen und langjährigen Verdienste um die österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Goldene Ehrenzeichen des ÖAAB. Überreicht wurde die Auszeichnung von ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger. Im Bild (v.l.n.r.): ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, Walter Müller, Landesobmann Christian Sagartz und Landesparteiobmann Thomas Steiner.

Meine Versicherung

ÖBV für die Frau

Solide
Lösungen
Marke
ÖBV

Unser Team ist für Sie da

- > Reden Sie mit uns über Vorsorge und Absicherung speziell für Frauen
- > Bleiben Sie in jeder Lebensphase finanziell unabhängig
- > Sorgen Sie für Ihre Pension vor
- > Fragen Sie uns: Tel. 059 808 | www.oebv.com

LEIDENSCHAFT
FÜR BROT

LEHRE SCHAFFT ZUKUNFT



Seit mehr als 50 Jahren arbeiten wir bei backaldrin daran, Brot für die Lebensbedürfnisse heutiger und künftiger Generationen in über 100 Ländern der Welt zu entwickeln. Um dies auch in Zukunft erfolgreich tun zu können, suchen wir junge Menschen, die die Leidenschaft für gutes Brot mit uns teilen.

www.backaldrin.com

backaldrin®